

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Presse. 1890-1944 1932**

127 (16.3.1932) Morgenausgabe

Bezugspreis: Drei Mark monatlich, 2,90 M. im Voraus, im Verlag oder in d. Zweim. Ausgabe monatlich 2,50 M. Durch die Post bezogen monatlich 2,10 M. auswärts 2,20 M. Zusatzaufschlag: Einzelhefte: 10 Pf. Sonntags-Nummer 10 Pf. Nummer und Festschrift: 15 Pf. Im Fall höherer Preise: keine Anwartschaft bei Preiserhöhung oder Nichterhalten der Festschrift. Abbestellungen können nur bis zum 25. d. Mts. auf den Monatswechsel angenommen werden. Anzeigenpreise: Die Nonpareille-Zeile 40 Pf. Stellen-Gesuche, Familien- und Gelegenheits-Anzeigen aus Baden und Umgebung 2,50 M. an erster Stelle 2,00 M. bei Wiederholung tarifierter Rabatt. Bei Nichterhalten des Heftes, bei unrichtiger Betreibung und bei Kontrahenten außer Kraft tritt. Erschließungs- und Gerichtsstand ist Karlsruhe.

# Badische Presse

und  
Neue Badische Presse Handels-Zeitung Badische Landeszeitung  
Verbreitetste Zeitung Badens  
Karlsruhe, Mittwoch, den 16. März 1932.

Eigentum und Verlag von: **Herold und Thierack**.  
Verantwortlich: für die Redaktion: **Dr. A. Müller**; für die politische Redaktion: **Dr. A. Müller**; für die badische Redaktion: **Dr. A. Müller**; für die kommunalpolitische Redaktion: **Dr. A. Müller**; für die Lokales und Sport: **Dr. A. Müller**; für die Kunst: **Dr. A. Müller**; für die Gedenkschriften: **Dr. A. Müller**; für die Anzeigen: **Dr. A. Müller**; für die Druckerei: **Dr. A. Müller**.  
Fernsprecher: 4050, 4051, 4052, 4053, 4054.  
Hauptgeschäftsstelle: **Kaiserstraße Nr. 80 a.** — Postcheckkonto: **Karlsruhe Nr. 8888.** — Beilagen: **Volk und Heimat / Literarische Umschau / Roman-Blatt / Sportblatt / Frauen-Zeitung / Reise- und Führer-Zeitung / Landwirtschafts-Zeitung / Karlsruher Vereins-Zeitung.**

## Bürgerblock in Preußen?

Beiprehungen der Mittelparteien zwischen Deutschnationalen und Zentrum.

m. Berlin, 15. März. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Die preussischen Parteien gehen bereits daran, ihre Reihen für die bevorstehenden Landtagswahlen zu ordnen. Es ist allgemein aufzufallen, daß das Staatsministerium den vor einiger Zeit durch Notverordnung aus finanziellen Gründen auf 60 000 festgesetzten Wahlquotienten jetzt auf 50 000 herabgesetzt hat. Dieser war ein Abgeordneter schon gewählt, wenn er 40 000 Stimmen auf sich vereinigen konnte. Man wollte aber die Ausgaben des Landtags zusammenfassen und verhindern, daß auch er in einem Mammutsgebilde wird. Inzwischen haben jedoch die Demokraten, die zur Regierungskoalition gehören, alle Hebel in Bewegung gesetzt, um den ursprünglichen Zustand wieder zu erreichen. Man ist schließlich auf das Kompromiß von 50 000 abgekommen.

Der Wahlquotient ist für die Mittelparteien überhaupt von großer Bedeutung. Aus diesem Grunde möchten wir annehmen, daß schon in den allerersten Tagen Beiprehungen zwischen den Mittelparteien stattfinden werden, die sich zwischen den Deutschnationalen und dem Zentrum befinden. Es hat schon früher in Verhandlungen nicht gefehlt, einen Bürgerblock zu bilden, um eine parlamentarische Vertretung der bürgerlichen Schicht zu erhalten. Die Wahlkreisvorsitzenden der Deutschen Volkspartei wollen sich am Dienstag in Berlin treffen, um die Kandidatenauswahl zu besprechen. Sie werden nun erst zu einem späteren Zeitpunkt zusammenkommen, woraus eben geschlossen werden kann, daß noch weitere Beiprehungen im Gange sind. Vielleicht laufen sie auf die Bildung einer Wahlgemeinschaft, vielleicht auch auf die Bildung einer ganz neuen bürgerlichen Partei hinaus. Jedenfalls ist das Bestreben doch ziemlich stark, alle mittelparteilichen Stimmen aufzufangen.

Auch das Zentrum ist an einer derartigen Entwicklung sehr interessiert, weil es ihm sonst passieren kann, daß es im nächsten Landtag nur noch mit Nationalsozialisten und Kommunisten zusammenarbeiten muß. Nach dem Ausgang der Wahlen vom 13. März kann es natürlich keinem Zweifel unterliegen, daß die Nationalsozialisten als ungewöhnlich starke parlamentarische Gruppe in den Landtag einziehen werden.

### NSDAP. verlangt Auflösung der Hamburger Bürgerchaft.

Hamburg, 15. März. Wie die Pressestelle der NSDAP. Gau Hamburg mitteilt, hat die nationalsozialistische Bürgerchaftsfraktion beschlossen, die Auflösung der Hamburger Bürgerchaft zu beantragen. Nach Ansicht der nationalsozialistischen Fraktion entspricht die Sitzverteilung der Bürgerchaft nach dem Ergebnis der Reichspräsidentenwahl nicht mehr der Stimmung der Wähler.

### Wählt auch Württemberg am 24. April?

Stuttgart, 15. März. Der Verleserrat des Württembergischen Landtages trat am Dienstag zur Beratung des Wahltermins für die Landtagswahlen in Württemberg zusammen. Staatspräsident Dr. Volz schlug vor, die Wahlen am 24. April stattfinden zu lassen. Die Fraktionen werden am Mittwoch hierzu Stellung nehmen. Voraussichtlich wird sich an dem Termin nichts mehr ändern.

### Deutsche Volkspartei zur Reichspräsidentenwahl.

Berlin, 15. März. Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei trat am Dienstag zur Beiprehung der politischen Lage zusammen. Mit großer Befriedigung wurde der Ausfall der Reichspräsidentenwahl begrüßt. Der Parteivorstand richtete an die Mitglieder der Partei den dringenden Appell, sofort mit den Vorbereitungen für den zweiten Wahlgang zu beginnen, damit die Reichspräsidentenwahl durch eine überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes gesichert werde.

## Arbeitsbeschaffungsprogramm des Reichswirtschaftsrats.

m. Berlin, 15. März. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Der Reichswirtschaftsrat hat in diesen Tagen eine Denkschrift über das Problem der Arbeitsbeschaffung ausgearbeitet und an die Regierung weitergeleitet. In der Denkschrift wird namentlich die finanzielle Seite der Arbeitsbeschaffung untersucht. Es wird angeregt, zu überlegen, ob nicht auf dem deutschen Kapitalmarkt eine Anleihe anzulegen wäre, die ähnlich wie die Reichspostanleihe mit allen möglichen Vorteilen für die Zeichner ausgestattet wird. Der Ausschuss hat jedoch davon Abstand genommen, eine Vorfinanzierung der Arbeitsbeschaffung durch ein Konjunktium von Privatbanken anzuregen. Dagegen scheint er der Schaffung eines besonderen Finanzierungsinstituts nicht ganz abgeneigt zu sein, das mit der Reichsbank zusammenarbeiten hätte. Er stellt aber gleichzeitig fest, daß schon jede Senkung des Zinsniveaus praktisch einer zusätzlichen Arbeitsbeschaffung gleichkommt. Klare Vorschläge hat er also trotz wochenlanger Beratungen nicht zustande bringen können.

Der Reichswirtschaftsrat hat sich auch mit der sachlichen Seite der Arbeitsbeschaffung beschäftigt, ist aber hier ziemlich unfruchtbar geblieben, weil eben ein brauchbares Programm doch nur dann aufzustellen ist, wenn die Finanzierung vorher geregelt ist. Der Berliner „Börse-Courier“ will erfahren haben, daß die Reichsbank unter gewissen Bedingungen bereit wäre, Aufträge im Ausmaß von 100 Millionen zu gewährleisten und daß die Reichspost mit Aufträgen von 50 Millionen einpringen will. Aber gerade über diese beiden Aufträge unterhält man sich in beiden Instituten seit Wochen, ohne daß es auch hier gelungen ist, die Finanzierungsfrage zu lösen. Das gleiche gilt für alle anderen in Aussicht genommenen Arbeitsbeschaffungspläne, die auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Melioration, der Hochwasserschutz oder des Bauwesens liegen.

## Hitler und Frick als Zeugen.

Die Vorgeschichte des Einbürgerungsverjuchs in Thüringen.

II. Weimar, 15. März. Im Polizeiufervernehmungsausschuss des Thüringischen Landtages fanden am Dienstag Zeugenvernehmungen zu der von Minister a. D. Frick geplanten Anstellung Hitlers in Thüringer Staat statt. Vor Beginn der Verhandlungen erklärte Polizeidirektor Rohde im Auftrag des Innenministeriums, daß die Genehmigung zur Zeugenausgabe für Ministerialrat Guget und Obergerungsrat Hauert, die dem Ausschuss als Vertreter der Regierung bewohnen und in der Einbürgerungsfrage als Zeugen vernommen werden sollten, verlagert werde, da die Ablegung ihres Verzeichnisses dem Wohle Thüringens nachteilig sein würde.

Als erster Zeuge wurde Hauptmann a. D. Stennes vernommen, der der Begründer des „Berliner Montagblatt“ war, das zur Zeit von der Einbürgerung Hitlers in einem deutschen Lande Mitteilungen machte. Als früherem Angehörigen der NSDAP. sei ihm, Stennes, im Sommer 1930 bekannt geworden, daß Erwägungen über die Einbürgerung Hitlers schwebten. Nähere Einzelheiten darüber habe er nicht erfahren. Bei den damaligen Erörterungen habe es sich bloß um private Unterhaltungen gehandelt. Aus welchen Quellen jene Zeitungsnachrichten stammten, sei ihm, Stennes, nicht bekannt. Nachdem dann auch Hitler und Frick in Begleitung der Thüringer Landtagsfraktion und mehrere Reichstagsabgeordnete darunter auch Goebbels, erschienen waren, begann die Zeugenvernehmung Fricks.

Er sei, so sagte er, als er sein Ministeramt angetreten hätte, der Ueberzeugung gewesen, daß die Frage der Einbürgerung Hitlers end-

## Tardieu stößt auf Schwierigkeiten

\* Genf, 15. März. Der französische Ministerpräsident Tardieu ist heute vormittag wieder in Genf eingetroffen. Er hatte lediglich längere vertrauliche Unterredungen mit dem tschechoslowakischen Außenminister Beneš, dem südlawischen Außenminister Markinkowitsch, dem italienischen Botschafter Michellis und dem österreichischen Gesandten von Pflügl. Im Vordergrund der Beiprehungen Tardiens, der vorzüglich nur zwei Tage in Genf bleibt, stehen die französischen Donaubündnisse.

Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, sind in den Verhandlungen Tardiens mit den Vertretern der Kleinen Entente, Oesterreichs und Ungarns über den Plan eines engeren wirtschaftlichen Zusammenschlusses dieser Staaten erhebliche Schwierigkeiten aufgetaucht. In unterrichteten Kreisen rechnet man deshalb mit einer Entscheidung über diesen Plan nicht vor Ende des Sommers. Der Gedanke einer Wirtschaftskonferenz soll aufgegeben worden sein. Dagegen wird der Gedankenaustausch auf diplomatischem Wege fortgesetzt werden. Engländerseits ist darauf hingewiesen worden, daß die englische Regierung bis zum Abschluß der Ende Juli in Ottawa stattfindenden Reichskonferenz zu dem französischen Plan nicht endgültig Stellung nehmen könne, da die Wirtschaftsbeziehungen Englands zu den europäischen Staaten wesentlich von dem Ausgang der Reichskonferenz beeinflusst würden. Im Falle einer grundsätzlichen Verständigung zwischen England und den Dominions könne England unmöglich den europäischen Mächten dieselbe Bevorzugung wie den Dominions gewähren. Außerdem besteht die englische Regierung darauf, daß aus der Durchführung des französischen Planes einer anderen europäischen Großmacht kein Sonderprivileg erwachsen dürfe. Italienseits ist man nicht gewillt, auf die aus dem italienisch-ungarischen und dem kommenden italienisch-österreichischen Handelsabkommen herrührenden Vorteile zu verzichten. Von italienischer Seite wird ferner die Einbeziehung von Griechenland und Bulgarien in den französischen Plan gefordert. Von rumänischer Seite ist darauf hingewiesen worden, daß Rumänien nicht auf die aus dem deutsch-rumänischen Handelsvertrag sich ergebenden Vorteile verzichten könne. Daher könnten ohne die Zustimmung Deutschlands grundlegende Neuregelungen zwischen Rumänien und den Donaufürsten nicht geschlossen werden.

lich geklärt werden müsse. Eine diesbezügliche Anfrage bei der bayerischen Staatsregierung im Jahre 1929 habe gezeigt, daß eine Einbürgerung Hitlers in Bayern ausichtslos sei. Darauf habe er es für richtig gehalten, alles zu versuchen, um sein Ziel zu erreichen. Frick schilderte dann, wie er zu dem Plane der Anstellung Hitlers als Gendarmeriekommissar in Hildburghausen kam. Auf dem nationalsozialistischen Parteitag in Gera, der damals stattfand, habe er die Einbürgerung öffentlich bekanntgegeben wollen; doch habe Hitler darum gebeten, davon Abstand zu nehmen, da er die Verleihung der Staatsbürgerrechte nicht für vordringlich gehalten habe. Trotz seiner Bedenken habe Frick jedoch damals die Urkunde entgegengenommen, sich allerdings keine Entscheidung über die Annahme sofort vorbehalten. Als kurz danach Hitler vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig ausgefragt habe, daß er staatenlos sei, habe Frick daraus entnommen, daß Hitler seine Entscheidung in der Anstellungsfrage in absehbarer dem Sinne getroffen hätte. Der Versuch der Anstellung sei keine unwürdige Scheinung, sondern ein legaler Staatsakt gewesen, der nicht perfekt geworden sei.

### Hitlers Aussagen.

Hitler selbst schilderte, wie Frick ihm auf dem Geraer Parteitag seine Einbürgerungsabsicht zur Kenntnis gebracht hätte. Er, Hitler, sei davon verblüfft und überrascht gewesen. Er habe wohl damals die Anstellungsurkunde zu sich genommen, sei jedoch bei jenem absehenden Entschluß geblieben und habe die Urkunde vernichtet. Er habe keine Veranlassung gehabt, das bestehende System um Einbürgerung zu bitten, da er sich seine deutsche Staatsangehörigkeit schon auf dem Schlachtfelde erworben habe. In erregtem Ton und unter Beifall seiner Parteifreunde fügte Hitler noch hinzu, daß die gegenwärtig herrschenden Parteien überhaupt keine Berechtigung zur Einbürgerung hätten.

Es kam dann zu einem Zwischenfall, als der sozialdemokratische Abgeordnete Gröndler bei einigen Fragen an Hitler darauf hinwies, daß es nicht deutscher Art entsprochen hätte, wenn zur Einbürgerung Hitlers auf „jüdische Art hinten herum“ Verhandlungen geführt worden seien. Erregt fiel Hitler dem Redner ins Wort: „Bin ich hier als Zeuge, oder muß ich mich verhalten lassen?“ Unter den nationalsozialistischen Abgeordneten, die dem Sozialdemokraten Gröndler wiederholt „Hände aus den Hosentaschen!“ zugerufen hatten, entstand große Erregung. Hitler selbst rief darauf dem sozialdemokratischen Abgeordneten zu: „Ich lasse mich nicht von Ihnen brüskieren; nehmen Sie die Hand aus der Tasche.“

Nachdem noch andere Abgeordnete Fragen an Hitler gerichtet hatten, verließ Hitler mit seinen Freunden den Saal. Die Zeugenvernehmung über die Einbürgerungsfrage war damit beendet.

## Waffenjunde im Kreise Einbeck.

II. Hannover, 15. März. Die Pressestelle des Oberpräsidenten teilt mit: Am Kreise Einbeck ist am Tage vor der Reichspräsidentenwahl ein nationalsozialistischer Waffentransport auf dem Wege zum Ortsgruppenleiter der NSDAP. in Immenhagen polizeilich beschlagnahmt worden. Zu den Waffen gehören fünf Gewehre Modell 98, 18 Stahlhelme, 18 neue Tornister mit Lebensmitteln für zwei Tage, 200 Infanteriepatronen, 1000 Kubikmeter Sprengstoff mit zwei Zündschnüren. Die Tornister waren mit Namen ausgezeichnet auf Nationalsozialisten in Ortsgruppen des

## Aufruf zum Goethe-Jahr.

Reichspräsident, Reichsregierung und verschiedene Behörden des öffentlichen Lebens erlassen folgenden Aufruf zum Goethe-Jahr:

Wenn am 22. März der Tag zum hundertsten Male wiederkehrt, so dem Deutschlands vollendetster Geist seinem Glauben gemäß in unsterblicher Eingebung, so kann der Tag, der damals die Klage von unergründlichem Verlust entseelte, kein Trauertag mehr sein: Er bedeutet jetzt das freudig stolze Bewußtsein eines unverlierbaren Besitzes, der dem Volke Goethes nicht geraubt werden kann. Wie es sich selbst aufgibt. Die immer neue Erneuerung dieses Besitzes und das gläubige Festhalten an den geistigen Werten der Nation spendet die Kraft des Ausblickes zum ewigen Leben über die Not der Zeit.

Goethe hat in den Jahren hoffnungslosen Tiefstandes seinem Volke den Weg der Wiedergeburt gewiesen. Seine größte Leistung zeigt die Vision des freien Volkes auf freiem Grunde als die Vermählung des Dichters, der weit in die Zukunft blickend die Aufgaben neuer Gesellschaftsordnung als

naturreich wechselseitiger Hilfe und wertvoller Liebe. Wie er selbst alle Gegensätze der menschlichen Natur in sich vereinigt und den leidenschaftlichen Zwiepalt seines Innern zum harmonischen Einklang brachte, so mahnt sein Geist zur einträchtigen Ueberwindung selbstzerfleisenden Streites. Der Name Goethe bedeutet dem deutschen Volke eine Botchaft des ewigen Friedens.

Wie Goethe aus allen Wurzeln des Volkstums aufstieg und dessen Kräfte zusammenfaßte, so wird seine Erscheinung zum Sinnbild eines Eingefühls der über Deutschlands Grenzen hinaus in seiner Sprache verbundenen Gemeinschaft. Goethes 100. Todestag soll wie einstmals Schillers 100. Geburtstag ein Weckruf für das Einheitsbewußtsein des über die ganze Erde verstreuten Volkstums werden.

Nach Goethes Meinung erst die Erfüllung im eigenen Volkstum Schwingkraft verleiht zum Einswerden mit der Welt, so ist sein Dichterverstehen als Stimme der Menschheit zur Weltpraxis geworden, in der die Völker der Erde einander verstehen lernen. Die Goethefeier wird zur Weltfeier.

Wenn am 22. März in der Sterbestube des Mittags die Glocken läuten, soll der Geist Goethes durch alle deutschen Lande ziehen. Während im Namen des deutschen Volkes der Kranz am Sarge der Weimarer Fürstengruft niedergelegt wird, möge jeder Deutsche sich dankbar bewußt sein, daß Goethe auch für ihn gelebt und gewirkt hat.

Das Goethejahr soll die ganze Volksgemeinschaft in einem Erlebnis zusammenführen, das mit großer Vergangenheit verbindet und über die Not der Gegenwart eine Brücke schlägt in eine bessere Zukunft.



# Wiederbeginn der Landtagsarbeit.

## Der Voranschlag des Landtags wird angenommen. — Der Zusammenbruch der Bauernbank.

Karlsruhe, 15. März 1932.

Statt wie vorgesehen zu Beginn des Monats, ist der Landtag — mit Rücksicht auf die Vorbereitung der Reichspräsidentenwahl — erst heute wieder in Aktion getreten. Die Tagesordnung ist ein buntes Mosaik von Interpellationen, Anträgen, Gesuchen usw., von denen einige infolge ihrer materiellen Seite und ihrer politischen Bedeutung, längere Debatten auslösten dürften. Dies trifft z. B. zu auf zwei Anträge wegen der bekannten Vorgänge bei der ehemaligen Bauernvereinsbank in Freiburg, in noch höherem Maße auf die parlamentarische Verabschiedung der 2. badischen Notverordnung vom 9. Oktober 1931. In sachlicher Beziehung steht im Mittelpunkt der Debatte vor allem das Verhältnis von Staat und Gemeinden in finanzieller und rechtlicher Beziehung (Schulbeiträge, Fürsorgefrage, Selbstverwaltung), sowie die notwendigen Eingriffe in beamtenrechtlicher Beziehung. Daneben bestehen Meinungsverschiedenheiten über die rechtliche Behandlung und Durchführung der vorgesehenen Verkleinerung des Landtags.

Das erste Kreuzfeuer von Zwischenrufen setzte ein, als der Abg. Bauer (D.Nat.) einige Anträge auf Verkleinerung und andere Zusammenfassung der Landtagsausschüsse begründete. Der Präsident warnt dabei auch die Zuschauer der Tribüne vor irgendwelchen Ausgebungen. Daß der Kommunistenleiter diesem „kapitalistischen“ Landtag „keinen Mann und keinen Groschen“ bewilligt und dessen „Auseinanderjagen“ wünscht, entspricht der jedes Jahr bei der Budgetberatung geäußerten grundsätzlichen Einstellung der extremen Linken. Einer Reform des Landtags verleiht sich niemand, doch wird verschiedentlich auf eine geordnete und nicht notverordnungsmäßige Durchführung abgehoben.

Ausgehört wird die Debatte erst recht bei der Beratung der beiden förmlichen Anträge wegen dem Geschäftsgebarung bei der ehemaligen Bauernvereinsbank und der Regungs- und Abkassengemeinschaft des Bauernvereins. Dieser Gegenstand hat bekanntlich in den letzten beiden Jahren den Landtag verschiedentlich beschäftigt, einen kleinen Ausschnitt bietet auch der 3. in Freiburg zur Verhandlung stehende Projekt um den Zusammenbruch der Darlehenskasse Lehen-Beghenhausen. Zu Beginn des Jahres 1930 wurden die beiden Bauernorganisationen (Banten und Genossenschaften) verschmolzen. Dabei war eine Bürgschaft des Staates in Höhe von 900 000 Mark nötig. Der Landtag hatte dabei einen Untersuchungsausschuß ein zur Untersuchung der Ursachen, die den Zusammenbruch des Freiburger Instituts verursacht haben. Dieser Ausschluß kam 1930 nicht zum Ziel, weil der Landtag im Frühjahr geschlossen wurde. Ein zweiter Ausschluß erreichte ebenfalls nichts, weil die neue Zentralbank bezw. Genossenschaft die Akten nicht herausgab und später deren Vorlage durch Wegnahme der Staatsbürgerschaft unmöglich wurde.

Die Interpellanten rekonstruierten eingehend den Werdegang der Angelegenheit, von der sie der Auffassung sind, daß deren Erledigung durch Widerstände im Hause selbst verhindert worden ist. Nach regierungsfreier Antwort wird die eigentliche Debatte auf morgen verschoben.

### Sitzungsbericht.

Präsident Duffner eröffnet gegen 14 Uhr die Sitzung. Unter den Eingängen befindet sich eine Mitteilung des Justizministers, worin um die Genehmigung zur Einleitung eines Strafverfahrens gegen den nationalsozialistischen Abg. Herbert Kraft wegen Körperverletzung erlucht wird. (Es handelt sich offenbar um den Vorfall in der vorletzten Landtagsitzung.) Groß ist die Zahl der neu eingegangenen Anträge, die zum Teil bereits durch die Presse veröffentlicht sind. Die Abg. Dr. Waelbin und Gen. (Staatsp.) haben den Antrag betr. Abbau staatlicher und kommunaler Regierungen angenommen. Zunächst werden

### Kurze Anfragen

Auf eine solche des Abg. Wagner (Natioz.) wegen des Verfalls einer nationalsozialistischen Verammlung in Freiburg wird dem Minister der Regierung erwidert, daß sie das Verhalten der Polizei angeht.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Wolfhard (Staatsp.) legte Finanzminister nochmals die Gründe für die Sicherlegung der badischen Bank dar. Die Unabhängigkeit der Bank bleibe durchaus gewahrt, ebenso die Durchführung der Geschäfte nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten.

Nach Eintritt in die Tagesordnung berichtet

Abg. von Au (Wp.) über den

Voranschlag des Rechnungshofes für 1932/33.

Ohne Aussprache gegen die Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten bei Stimmenthaltung der Deutschnationalen genehmigt wird.

Abg. Aufhäuser (Soz.) erstattet

Bericht über den Voranschlag des Landtages.

Abg. Bauer (Dnt.) stellt den Antrag auf unverzügliche Verkleinerung der ungegliederten Abänderungsvorschläge zur Geschäftsordnung, um Vorfälle, wie sie sich jüngst ereigneten, künftig unmöglich zu machen. Der § 79 der G.-O. gestatte nicht, einen Abgeordneten nach Schluß der Sitzung zu befragen. Der Redner beschließt dann mit der Möglichkeit von Einsparnissen im Landtag und beantragt insbesondere einen Abbau der Ausschüsse, deren Mitgliederzahl 11 nicht übersteigen dürfe. Der Vorschlag zu den Ausschüssen solle, wenn die Sitzung erst am Nachmittag beginnt, die der bisherigen Sätze betragen. Abgeordnete, die Beamte der Reichsregierung nie einem Abgeordneten übertragen wird, der gleichen Partei angehört wie der Minister.

Abg. Reichter (Komm.) bemängelt, daß die kleinen Gruppen in den Ausschüssen vertreten seien. Nach einem Antrag der Kommunisten sollen Abgeordnete mit einem jährlichen Einkommen über 6000 M. keine Aufwandsentschädigung erhalten. Der Redner vertreibt im übrigen die Auffassung, daß der Landtag auf Grund von Neuwahlen ein wesentlich anderes Gesicht zeigen würde

als heute. Da die Auflösung nur durch Volksabstimmung möglich sei, bleibe einzig der Weg des Volksbegehrens.

Abg. Köhler (Natioz.) stimmt den deutchnationalen Anträgen zu. Seine Fraktion steht auf dem Standpunkt, daß der Abg. Kraft zu Unrecht bestraft wurde. Nach der Haushaltsnotverordnung soll die Zahl der Abgeordneten auf 65 festgelegt werden. Der Landtag müsse sich das neue Wahlgesetz selbst schaffen und dürfe das nicht einer Notverordnung überlassen. Ein Volksbegehren wäre bei der badischen Verfassung zum Scheitern verurteilt.

Abg. Dr. Waelbin (Staatsp.) erwartet, daß der jetzige Modus der Voranschlagsberatungen, wo wichtige Teile deselben fehlen, eine durch den Zwang gegebene Ausnahme bleibt. Eine Veränderung des Wahlgesetzes dürfe nicht auf dem Weg der Notverordnung oder staatsministeriellen Entschlüsse verwiesen werden. Man müsse eine Veränderung des § 23 Absatz 1 der Verfassung der Volksabstimmung unterwerfen. Zum deutchnationalen Antrag erklärt die Staatspartei Stimmenthaltung. Den kommunistischen Antrag lehnt sie ab.

In der Abstimmung wird der

### Voranschlag des Landtages

gegen Nationalsozialisten und Kommunisten bei Stimmenthaltung der Deutschnationalen angenommen bei Ablehnung der Oppositionsanträge.

Es folgt die Begründung der förmlichen Anfrage der Kommunisten über Mietensicherung für an verheiratete Beamte des badischen Sicherheitsdienstes vermietete reichseigene Wohnungen durch den Abg. Klausmann.

Regierungsfreier wird erwidert, daß ein Grund zur Beanstandung nicht vorliege. Die Mieten für die dem badischen Fiskus zur freien Verfügung überlassenen reichseigenen Wohnungen seien nach Maßgabe der vierten Notverordnung des Reichspräsidenten geregelt worden.

Abg. Hagin (Natioz.) wehrt sich in einer förmlichen Anfrage gegen die drohende Gefahr größerer Einfuhr von elsfällischem Salat nach Baden.

Ein Regierungsvertreter teilt mit, daß der Regierung von Ausfuhrbestrebungen französischer Händlerreise nichts bekannt sei. Im übrigen dürfe man geneigt sein, daß die Reichsregierung die badischen landwirtschaftlichen Interessen im Rahmen des deutsch-französischen Handelsvertrages wahren werde.

Abg. Dr. Brähler (Dnt.) begründet seine förmliche Anfrage betr. das Geschäftsgebarung der Bad. Bauernvereinsbank in Freiburg und der Zentralbezugs- und Abkassengemeinschaft des Bad. Bauernvereins in Freiburg. Er führte aus, der Untersuchungsausschuß des Landtages sei ein totgeborenes Kind gewesen. Finanzminister Dr. Mattes habe als Abgeordneter der log. lokalen Opposition feinerzeit im Hause erklärt, er mache die Vertuschungspolitik des Bauernvereins und des Zentrums nicht mit und wolle wissen, wozu die Millionen Bauerngelder gekommen seien. Der Ausschluß hätte ein reiches Arbeitsfeld vorgefunden. Der Redner fragt, was nun aus den Dingen geworden sei. Auch Innenminister

## Nachspiel zum Zusammenbruch des Kreditvereins Niederwühl.

Niederwühl, 15. März. Wie uns von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, wurde der Kaufmann Florian Gerspacher (Niederwühl), ehemaliger Geschäftsführer des Kreditvereins Niederwühl, am vergangenen Freitag ins Amtsgefängnis nach Waldshut eingeliefert. Seine Verhaftung wird in Zusammenhang mit den Vorgängen beim Kreditverein in Niederwühl gebracht. Die Nachricht, daß er beim Kreditverein Niederwühl zu einem 50prozentigen Vergleiche gekommen wäre, entspricht nicht der Tatsache. Die Bad. Landwirtschaftsbank in Karlsruhe die vom Kreditverein Niederwühl rund RM. 370 000 zu fordern hat, hatte sich bereit erklärt, 50 Prozent an ihrer Forderung nachzulassen. Sie hat aber dieses Angebot zurückgezogen. Weitere Verhandlungen sind im Gange.

### Jubilare.

m. Wilsbergingen, 15. März. (Hohes Alter.) Dieser Tage feierte hier die Frau des Wagnermeisters Heinrich Müller im Kreise ihrer Enkelkinder ihren 85. Geburtstag. Die Greisin, die noch heftig ist, versteht noch manchen Dienst in Haus und Hof. Seefeldern, 15. März. (Diamantene Hochzeit.) Hier konnten Herr und Frau Arn, beide im hohen Alter von 84 Jahren das Fest der Diamantenen Hochzeit feiern.

### Unfallchronik.

Kauenberg bei Wiesloch, 13. März. (Schwerer Unfall.) Das sechsjährige Söhnchen des Landwirts Hermann Sieber sprang aus dem Hofe des väterlichen Anwesens, um einen Ball zu holen und lief dabei in einen aus der Richtung Rotenburg kommenden Heidelberg Lieferwagen. Das Kind wurde an die Hauswand geschleudert und erlitt so schwere Kopfverletzungen, daß es in hoffnungslosem Zustand in das Heidelberger Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

Grenzach, 15. März. (Im Rhein ertrunken.) In der Nähe des Gasthauses „Zum Anker“ rutschte der 35 Jahre alte Adolf Wundertling aus Wallbach auf der Rheinseite der Straße aus und stürzte in den Rhein, wo er ertrank. Seine Leiche wurde in der Nähe der Unfallstelle aufgefunden.

Tauberhofsheim, 15. März. (Ein Oberprimaner vermißt.) Seit acht Tagen wird ein Oberprimaner namens Uhllein aus Königheim vermißt. Uhllein, der sich dieses Jahr der Weisprüfung unterzogen hatte, hat als einziger seiner Klasse nicht bestanden. Anscheinend nahm sich dies der Junge so sehr zu Herzen, daß er sich nicht mehr nach Hause wagte.

Kausenburg, 15. März. (Messerstecherei.) Bei der Rheinbrücke kam es zwischen Nationalsozialisten und Andersdenkenden zu politischen Auseinandersetzungen, die mit dem Messer ausgefochten wurden. Zwei Personen wurden verletzt.

Maior habe als Abgeordneter lebhaft Beschwerde über die verweigernde Akteneinsicht geführt und die Juristen gebeten, einen Weg zu finden, um die Vorlegung der Akten zu erzwingen. Abg. Dr. Fähr habe feinerzeit erklärt, daß man mit den Herren von der Zentralgenossenschaft ein ernstes Wort reden müsse.

Abg. Dr. Brähler schließt, das ganze Land habe ein Recht auf Klarstellung, ob in der Bauernbank Dinge vorgekommen sind, die vor dem Staatsanwalt gehören, und ob politische Parteien ein Interesse daran haben, daß vertuscht wird. Die Schuldigen der Bauernbank müßten heute noch zur Rechenschaft gezogen werden.

Abg. Meel (Natioz.) führt zur Begründung seiner zum gleichen Gegenstand eingebrachten förmlichen Anfrage aus, die Sache würde heute nicht zur Sprache kommen, wenn nicht der Ausschluß völlig versagt hätte. Es seien so viele Landwirte geschädigt worden, daß der Landtag in die Verhältnisse unbedingt hineinleuchten muß. Die Zurückziehung der Staatsbürgerschaft dürfe kein Grund sein, die Angelegenheit zu begraben. Der Redner geht dann auf die von ihm beanstandeten Vorkommnisse bei den Organisationen des Bad. Bauernvereins im einzelnen ein.

Regierungsrat Wader antwortet für das Innenministerium, man sei dafür besorgt gewesen, daß bei der Abwicklung der Geschäfte der Bauernbank für die geschädigten Landwirte größere Härten vermieden werden. Beim Vorliegen von Verstößen ist auf den Weg der Zivilklage zu verweisen.

Für das Justizministerium gibt Generalstaatsanwalt Dr. Hafner die Erklärung ab, daß zwei Strafverfahren anhängig wurden, von denen eines bereits erledigt ist. Die Staatsanwaltschaft könne übrigens erst einschreiten, wenn bestimmte Verdachtsgründe vorliegen. Gegen Vorstandsmitglieder der Bauernbank seien wegen des Vormurfes, sie hätten falsche Bilanzen aufgestellt, zur Zeit Ermittlungen im Gange. Sollten die Interpellanten nach irgend einer Richtung einen bestimmten Verdacht hegen, so bitte er, davon der Generalstaatsanwaltschaft, der Staatsanwaltschaft Freiburg Kenntnis zu geben.

Um 1/8 Uhr verläßt sich das Haus auf Mittwoch vormittag 10 Uhr.

### Eingaben.

Der Verein Badischer Lehrerinnen ist wegen der Deputats- und Gehaltskürzung der Lehrerinnen vorstellig geworden. Eine Eingabe des Verbandes der Gemeindebeamten und -angehörten Badens betrifft die Verstaatlichung der Gemeindegrundbuchämter. Der Badische Städteverband unterbreitet seine Vorschläge zum Finanzausgleich zwischen Land und Gemeinden und verwendet sich für die notleidenden Neuhausbesitzer, die ihrerseits gleichfalls einen Hilferuf an den Landtag richten. Die Handelskammer Offenbach wünscht Aufhebung des § 7 a des Gebäudesondersteuergesetzes, der Badische Kriegerbund tritt für Beibehaltung des Hauptverordnungsamtes Karlsruhe ein, die Stadtgemeinde Staufen bemüht sich um den Fortbestand des dortigen Amtsgerichtes, die Gemeinde Tenggen um die Erhaltung ihres Notariats. Eine weitere Eingabe des Vereins Badischer Lehrerinnen betrifft den Personalaufwand für Fortbildungsschulkräfte. Der Landesverein Baden des Deutschen Vereins für Fernstudienwesen macht die Überalterung der außerplanmäßigen Beamten des höheren Vermessungsdienstes zum Gegenstand einer Eingabe. Der Badische Landesverein der Ruhestandsbeamten und Hinterbliebenen erlucht um Wiedereröffnung der Gehaltsfreigrenze von 1500 RM.

## Gemeindeumschau.

ot. Destrungen b. Bruchsal, 14. März. (Beschäftigung der Arbeitslosen durch Straßenbau.) Die in der letzten Bürgerausschüßung beschlossene Durchführung des Straßenbaus Destrungen-Odenheim soll begonnen werden, sobald die Witterung es zuläßt.

Die Arbeiten werden zum Teil von der Gemeinde Destrungen, zum Teil von der Gemeinde Odenheim ausgeführt. Zu dieser Straßenverbesserung — seither war die Verbindung nach Odenheim nur ein schlechter Gemeindegeweg — wird seitens des Badischen Staates ein Zuschuß gewährt werden. Da zunächst nur Ausgeleitete und Wohlfahrtsvereinslose beschäftigt werden sollen, kann dem größten Arbeitselend der Gemeinde für einige Monate gesteuert werden.

Kauenberg (bei Wiesloch), 14. März. (Die Wirtschaftsmot.) Die Firma Salobi, Zigarrenfabriken in Mannheim, hat der gesamten Belegschaft ihrer hiesigen Filiale gekündigt. Durch die unmittelbar bevorstehende Entlassung werden weitere 100 Zigarrenarbeiter der Gemeinde arbeitslos. Mit Ausnahme der schon seit drei Jahren stillgelegten Fabrik der Firma Hirsch und Kadenheim-Mannheim wird der Betrieb in den übrigen Zigarrenfabriken zurzeit noch weiter geführt.

## Aus den Nachbarländern.

— Kandel (Pfalz), 16. März. (Karlsruher geben ein Konzert.) Am Wahlsonntag hatten wir Kandler einen seltenen Genuß. Herr Otto Hör, ein Kandler Kind, seit Jahren am Münch. Konseratorium in Karlsruhe Schüler, gab hier ein Konzert. Der Pfälzsaal war bis zum letzten Platz besetzt und eine wohl 400köpfige Jubelerschar folgte mit größtem Interesse dem Dargebotenen. Unter der sicheren und ruhigen Stabführung Hör's wirkten Musiker vom Münch. Konseratorium und der Harmonie-Kapelle Karlsruhe sowie ein gemischter Chor von Kandel mit. Das Konzert wurde eröffnet mit dem Priesterchor aus der „Zauberflöte“ v. Mozart, dem sich der Priesterchor anschloß. Es folgte „Andante und Menuett“ aus der Sonate op. 137 v. Fr. Schubert, von Herrn Hör selbst für Orchester bearbeitet. Mit viel Gefühl und gutem Ausbruch sang hierauf Herr Ad. Wagner aus Karlsruhe die Arie „Der Vogelfänger“ aus der Zauberflöte. Nach dem Brailied aus „Lohengrin“ (Chor mit Orchester) gab Herr Sauter\* Karlsruhe das Klavierkonzert C-Dur v. Beethoven und erntete hierfür wohlverdienten Beifall. Der zweite Teil des Konzertes wurde mit dem 2. Satz aus der 1. Symphonie v. Handl eröffnet. Wagner\* Karlsruhe sang hierauf die Arie „Ein Mädchen oder Weibchen“ aus der „Zauberflöte“ und mußte dem Publikum noch eine Zugabe spenden. Wiederum konnte man dann in einer Sonate v. Schubert, die Herr Hör ebenfalls für Chor und Orchester bearbeitete, hören, daß der junge Dirigent sehr Gutes zu leisten imstande ist. „Zigeunerleben“ v. Schumann für Chor und Orchester gaben den Abschluß der wohl gelungenen Veranstaltung. Das Publikum war dankbar für den genussreichen Nachmittag und stolz, daß ein Kandler dies zu arrangieren und zu leiten imstande ist.

**Man verübelt uns**  
 daß wir **CLUB** in einer Qualität liefern, die eigentlich nicht für **3 1/3 Pfg.** Zigaretten vorgesehen war. Wir fragen aber: Weshalb sollen wir nicht anständige Ware billig liefern, wenn uns dies durch günstige Tabak-Einkäufe möglich ist?







